

Verändertes Bewusstsein angesichts der Krise

Jürgen Roth, Revolutionärer Marxismus 44, November 2012

Eine Gleichzeitigkeit von Krise und Konflikt fehlt heute in Deutschland weitestgehend. Liegt das daran, dass die Krise hierzulande noch recht glimpflich ausfiel („Beschäftigungswunder“)? Eine Umfrage unter der untersten Ebene der betrieblichen Interessenvertretung in der Metall- und Elektroindustrie (Vertrauensleute und Betriebsräte) im Frühjahr 2010 ging dieser Frage nach (1).

Fehlendes Krisenbewusstsein?

Diesen in der Regel klassenbewusstesten, für die Initiierung betrieblicher Kämpfe ausschlaggebenden Elementen war ebenso wie der deutliche Bevölkerungsmehrheit bewusst:

I v.a. bezüglich der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zwischen Kapital- und Vermögensbesitz einer- und Lohn- und Sozialeinkommen andererseits geht es in diesem Land zunehmend ungerecht zu;

I traditionelle Legitimationsmuster des Kapitalismus („Soziale Marktwirtschaft“) und Neoliberalismus (Notwendigkeit von „mehr Markt“) werden zunehmend in Frage gestellt bzw. deutlich zurückgewiesen;

I Zukunftsperspektiven werden skeptisch eingeschätzt, drei Viertel erwarten auch von einem Aufschwung keine Verbesserung;

I besonders erschrickt die Demoskopie die „Breite der systemischen Delegitimierung“. Banken, Finanzinstituten, Unternehmern und Managern, Politikern und dem politischen System insgesamt wird genauso misstraut wie der Umsetzung der „Sozialen Marktwirtschaft“.

Widersprüchliches Bewusstsein der Arbeiteravantgarde

Die Umfrage ergab darüber hinaus:

1. Selbst im Zentrum der deutschen Exportwirtschaft existiert an der Basis der betrieblichen Funktionäre ein fragmentiertes Krisenbewusstsein. Einschätzungen wie „herber Schlag“ finden sich neben „medienpolitischer Übertreibung“. Die eigene Lage wird als besser als die gesellschaftliche empfunden. Sei es, dass die InterviewpartnerInnen meinen, sie hätten ihr Leben noch unter Kontrolle oder anderen ginge es noch schlechter. Was tatsächlich als Krise bezeichnet wird, geht auch deshalb auseinander, weil die Gewerkschaften und ihre Bildungsarbeit hier weiße Flecken hinterlassen.

2. Die Welt der Finanzmärkte erscheint als virtuelle Welt, weit entfernt von jeder betrieblichen Produktion „realer Werte“. Gleichzeitig bemächtigt sich die „fiktive“ Wirtschaft zunehmend der realen. Das Verhältnis von Real- und Geldkapitalakkumulation erscheint in einem finanzgesteuerten Kapitalismus auf den Kopf gestellt. Die Mystifikation der kapitalistischen Produktionsweise erscheint in diesem Bild noch gesteigert gegenüber klassischen Konjunkturkrisen. Dem akuten Krisenbewusstsein liegen stärker verschlüsselte Strukturen zugrunde als den Überakkumulationskrisen. Die Krise entschwindet dem Nahbereich. Nicht überquellende Lager,

sondern die Folgen falsch gelaufener Finanztransaktionen führen zu Restriktionen für die Unternehmen. Die Finanzkrise erscheint als quasi exterritorialer Ort, die betrieblichen Handlungsmöglichkeiten mit entsprechenden Sanktionsmöglichkeiten bis hin zu Kontroll- und Vetopositionen greifen nicht auf Finanzmärkten. Die Frage nach dem „was“ und „wann“ der Krise paart sich mit dem „wo“ und „wogegen“.

3. Warum die „Jahrhundertkrise“ bisher nahezu lautlos über die Bühne gegangen ist, legt die Vermutung nahe, sie würde als singuläre Ausnahme eingeschätzt. In der Befragung äußerten aber viele, für sie sei „immer Krise“. Dieser Widersinn entschleierte sich, wenn die Befragten nicht streng ökonomisch argumentieren, sondern mit „krisenhaft“ fortwährenden Druck und permanente Unsicherheit von Beschäftigung, Einkommen und Arbeitsbedingungen assoziieren, die beständige Restrukturierung der Betriebsabläufe: Verlagerungen, Outsourcing, Kostensenkungsprogramme, zunehmende Intensität der Arbeit usw. Auf dem Boden langjähriger Erfahrung einer Verschlechterung von Arbeits- und Lebensverhältnissen drückt Krise als „permanenter Prozess“ Defensivtraditionen bis hin zu regelrechten Niederlagen aus. Für einen Teil ist die Aussage, dass „Leistung sich lohnt“ desavouiert, aber resignativ besetzt.

4. Die Arbeitsplatzsicherung der Stammebelegschaften („German miracle“) beruhte nicht nur auf der erweiterten Kurzarbeiterregelung, sondern – quantitativ bedeutsamer – auf Arbeitszeitverkürzung über das Instrument der Arbeitszeitkonten.

Positiv wird daraus geschlossen: massive Arbeitszeitverkürzung ist ein Mittel zur Beschäftigungssicherung.

Negative Konsequenzen: Beschäftigungssicherheit galt nicht für die Prekären. In den Augen von Unternehmen und durchaus auch Stammebelegschaften funktionierte der „Puffer“ Leiharbeit. Für die Unternehmen allerdings auch nach der Krise (verstärkter Rückgriff auf Leiharbeit über Vorkrisenniveau). Sie haben wertvolle Erfahrungen mit externer Flexibilisierung wie Leiharbeit, befristetem Beschäftigungsverhältnissen und Scheinselbstständigkeit sammeln dürfen.

Das Hoch- und Runterfahren der Arbeitszeitkonten ging zu Lasten immer weiterer Unterwerfung privater Lebensverhältnisse unter die betrieblichen Anforderungen. Die deutschen Unternehmen konnten sich schon vor der Krise brüsten, im internationalen Vergleich über die flexibelsten Arbeitszeitregime zu verfügen. Die Flexibilisierungsspielräume konnten sie in der Krise nochmals ausweiten.

Das Wechselspiel zwischen Kurzarbeit und schneller Auftragsbearbeitung erfolgte auf Kosten wachsenden Zeit- und Leistungsdrucks. Das Experimentierfeld für noch weitergehende Intensivierung der Arbeit steigert das gesundheitliche Risiko der Beschäftigten enorm. Hier tickt eine Zeitbombe.

Der flexible Personaleinsatz ging auch mit innerbetrieblichen Umsetzungen, beruflicher Unsicherheit und Statusverlust einher, was aber nur als vorübergehend empfunden und nicht generell akzeptiert wird (Fachkräfte aus indirekten Bereichen in die Montage).

Fazit: Die „atmende Fabrik“ mit kapazitätsorientierten Arbeitszeiten hat nach krisenbedingter Ultraflexibilisierung noch deutlichere Konturen angenommen.

5. Großformatige Krisenauseinandersetzungen sind zwar ausgeblieben, doch trägt der Augenschein einer Krise ohne Konflikt. Hinter den Kulissen ballen sich tief gehende Ohnmachtserfahrungen gegenüber einer entrückten, unbeherrschbaren Dynamik, aber auch ein diffuses Protestpotenzial ist im Entstehen.

Diese massive Wut wird weniger von Apathie und Fatalismus geprägt, sondern aus Unzufriedenheit über fehlende Einsichten in die Lage, über den Wunsch diese zu ändern ohne zu wissen wie.

Die Wut kennt v.a. in abhängigen Zulieferbetrieben keine Adresse. Hier wird das örtliche Management als machtloses Rädchen im anonymen Großgetriebe verortet und entschuldigt, ohne dass der betriebliche Interessenkonflikt aus dem Bewusstsein verschwindet. Krisenkorporatismus wird zähneknirschend eingegangen, nicht als dauerhafte Lösung angesehen. Resignation, Erschöpfung, soziale Ängste mischen sich mit Wut und Protest. Das Ohnmachtsgefühl adressatenloser Empörung wird auf Staat und Gesellschaft verschoben. Die Protestfantasien beziehen sich oft auf Frankreich. Brennende Reifen, Aktionen auf der Straße und vorm Regierungssitz, „boss-napping“ lassen es „richtig krachen“. Die Hoffnung, aus der subalternen Rolle auszubrechen, endlich wieder mit eigener Stimme wahrgenommen zu werden, die eigenen Interessen endlich wieder ins Spiel zu bringen, ist der Treibstoff im Kampf gegen die eigene Rolle als Fußabtreter der Republik.

Es gibt aber auch Widerstand. Aber es sind Abwehrkämpfe, keine offensiven Auseinandersetzungen auf der Grundlage eigener Alternativvorstellungen.

6. In den Interviews wird immer wieder auf jene Bedingungen verwiesen, die grundsätzliche politische Aktivitäten erschweren: Existenzängste, verschlechterte Arbeitsbedingungen, Spaltungstendenzen in den Belegschaften zwischen Stamm- und Leiharbeitern, Produktionsarbeitern und Angestellten, verschiedenen Nationen und Kulturen usw.

Der Stellenwert der Gewerkschaften wird zwar anerkannt, ja ihr sogar erfolgreiches Krisenmanagement bescheinigt, aber sie wird in der Krise als erklärende, deutende Kraft vermisst! Sie hat zu wenig aufgeklärt, führte keinen Dialog mit Betriebsräten und Vertrauensleuten und war in den Betrieben zu wenig präsent.

Neben mehr Aufklärung und Deutung werden auch Forderungen an die Gewerkschaften formuliert, mehr zu mobilisieren und politischer zu werden.

7. Staat und Politik kommen deutlich schlechter weg. Auf sie verschiebt sich die „adressatenlose Wut“. Politiker sind korrupt und der Staat generell machtlos. Auf den Staat setzt man zwar doch noch, wenn es um Regulierung der Finanzmärkte geht, bleibt aber skeptisch bis resignativ. Krisenbewusstsein und Gesellschaftsbewusstsein liegen enger beieinander als früher, doch „die Politik“ erscheint nicht als Problemlöser, sondern als Teil der Problematik.

Fazit: Das Beschäftigtenbewusstsein bewegt sich im zentralen Dilemma: Wie können kritisch-realistische Handlungsperspektiven entwickelt werden, die schließlich doch die Grenzen dessen sprengen, was als das Machbare erscheint? Wie in der Bevölkerung ist die Unzufriedenheit mit den Gesellschaftszuständen sehr groß, die Idee einer Alternative aber zumindest extrem unterentwickelt.

Unsere eingehende theoretische Beschäftigung mit der Krise kann über die wissenschaftliche Genugtuung, die ein Studierzimmer mit wohlriechendem Flair ausfüllen mag, hinaus zu einem Schlüssel werden für die Freisetzung der objektiven Sprengkraft des gewaltigen Potenzials des BRD-Proletariats werden. Das gewaltige Potenzial schlummert nicht nur in seiner Stellung im Produktionsprozess, seinem Organisationsgrad, sondern auch im widersprüchlichen Krisenbewusstsein. Seine lähmenden Komponenten abzustreifen bedarf es zuerst der Antwort auf folgende Fragen: Was sind die Ausgangspunkte? Wer ist der Adressat, wo liegen die Interventionspunkte und Bruchlinien?

Fußnote

(1) Die Umfragen und Zahlen sind folgendem Text entnommen: Richard Detje/Wolfgang Menz/Sarah Nies/Dieter Sauer, Ohnmacht und adressatenlose Wut im Betrieb - Interessen- und Handlungsorientierungen in der Krise - die Sicht von Betroffenen, in: Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 87, September 2011, S. 46 - 59